Haustiere sind Gewaltopfer

KEIN PARDON — In der Schweiz wurde letztes Jahr 1404 Mal wegen Tierquälerei ermittelt. Für die Stiftung «Tier im Recht» ist das «positiv».

lea.hartmann @ringier.ch

den: Von 2004 bis 2007 schlug ein Mann die Katzen seiner Lebenspartnerin mit der Faust, verfolgte sie mit einem Besen, an den ein Messer gebunden war. Er warf die Haustiere gegen die Wand und drückte sie auf das Sofa – so heftig, dass ihre Augen aus den Augenhöhlen hervortraten.

Der Tierquäler musste 2008 vor das Strafgericht Genf und erhielt eine bedingte Gefängnisstrafe von zwei Jahren.

Diesen und noch viel mehr Fälle analysierte die Stiftung «Tier im Recht» in den vergangenen Jahren. Heute stellte die Organisation ihre aktuellste Untersuchung vor, ein Gutachten der Tierschutzrechtspraxis in der Schweiz.

Die Zahlen sind eindrücklich. Letztes Jahr gab es 1404 Strafverfahren wegen Verstoss gegen das

«Bei Hunden ist

die Sensibilität

viel höher.»

Tierschutzgesetz – 12 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Organisation wer-

tet den Anstieg als «sehr positiv»: Es sei davon auszugehen, dass die höheren Fallzahlen nicht auf einen Anstieg an Verstössen, «sondern vielmehr auf einen verbesserten Vollzug des Tierschutzes zurückzuführen sind», schreibt «Tier im Recht».

Vernachlässigung, Aussetzung, Misshandlung, Tötung: Die Delikte sind zahlreich. Mit Abstand am häufigsten betroffen sind Haustiere, allen voran Hunde. Obwohl es in der Schweiz doppelt so viele Katzen gibt, wurden 2012 viermal mehr Verfahren wegen Vergehen oder Übertretungen im Zusammenhang mit Hunden eingeleitet.

«Wir gehen davon aus, dass die Sensibilität bei Hunden sehr viel

höher ist», sagt Co-Autorin Nora Flückiger. Die Bevölkerung schaue genauer hin, gewisse Behörden nähmen die Vorfälle ernster.

Aus Sicht der Stiftung jedoch nicht genügend ernst. Wie die Statistik zeigt, werden Vergehen gegen das Tierschutzgesetz meist mit einer bedingten Geldstrafe und einer Busse geahndet, Letztere belief sich 2012 im Mittel auf 300 Franken. Die durchschnittlich ausgesprochene unbedingte Geldstrafe betrug 1500 Franken. «Viel zu wenig», meint Flückiger. Es brauche höhere Strafen, damit das Tierschutzgesetz ernst genommen werde und Fälle wie jener in Genf verhindert werden können. ●



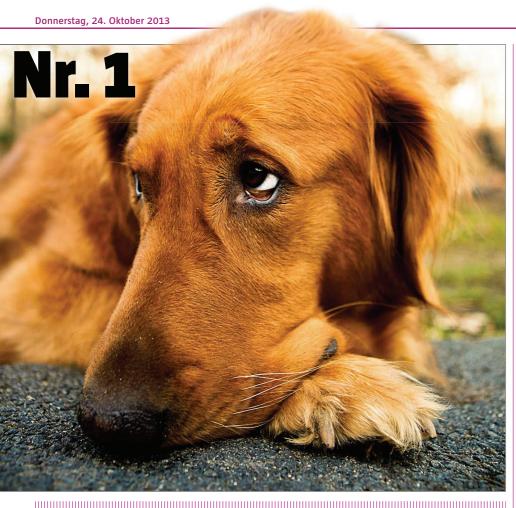
Leiden am meisten

Hunde wie dieser

Analysierte Fäll von Tierquälere Nora Flückiger.

Anzeige





Swisscom bringt 075-Vorwahl

KNAPP --> Der Vorrat an 079-Nummern ist fast aufgebraucht. Die Swisscom führt daher mit der Zahl 075 eine zweite mobile Vorwahlnummer ein. Mittlerweile seien rund 6,4 Millionen Swisscom-SIM-Karten im Umlauf, und ihre Zahl steige laufend, teilte die Swisscom heute mit. Bereits Ende 2014 werde es daher voro aussichtlich keine neuen SIM-Karten mit der 079-Vorwahl mehr geben. Die neuen Vorwahlnummern werden ab sofort vergeben. Allerdings will die Swisscom die 075er-Nummern vorerst nur für Geschäftskunden-Abos einsetzen. Privatkunden erhalten die 075-Nummern erst 2015. spa

Mehrheit für SVP-Initiative gegen Einwanderung

ZUWANDERUNG ---> Die neuste Umfrage zeigt: 52 Prozent der Schweizer unterstützen die Initiative der Schweizerischen Volkspartei gegen Masseneinwanderung.

urcht vor einer weiteren Belastung der Sozialsysteme, Wohnungsknappheit, erhöhte Kriminalität: Das sind die Gründe. weshalb eine Mehrheit Ja sagen würde zur SVP-Initiative, die am 9. Februar nächstes Jahr zur Abstimmung kommt. Das zeigt

Massen-

stoppen!

einwanderung

Findet Gehör

eine heute veröffentlichte Umfrage von Isopublic. 52 Prozent der befragten Stimmbürger würden die SVP-Initiative annehmen, 40 Prozent würden sie ablehnen. Befragt wurden nur Personen, die angaben, an der Abstimmung auch tatsächlich teilzunehmen.

> Zusätzlichen Schub dürfte die Initiative von unerwarteter Seite erhalten: EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso möchte möglichst bald alle Balkanstaaten in die EU SVP-Generalsekholen. retär Martin Baltisser nimmt Barrosos Steilvorlage gerne an . «Die aktuelle Situation verschärft sich durch den Umstand, dass die Schweiz für Personen aus diesen Ländern besonders attraktiv ist, da sich bereits viele Landsleute hier aufhalten», sagt er zu Blick am Abend.

Attacke auf Trinker, die im Spital landen

KOMASAUFEN ----> Wer so viel trinkt. dass er im Spital landet, soll ins Portemonnaie greifen müssen, fordert die SVP.

eute bezahlt die Krankenversicherung und damit der Prämienzahler, wenn ein Komasäufer im Spital landet. Das ärgert SVP-Gesundheitspolitiker Toni Bortoluzzi. Mit einem Vorstoss will er das ändern und fordert mit Unterstützung aus der FDP mehr Eigenverantwortung der Schluckspechte. Heute berät die Gesundheitskommission des Nationalrats darüber, wobei eine heftige Auseinandersetzung vorprogrammiert ist. Gegen das rechte Anliegen sprechen sich links-grüne Volksvertreter aus. Völlig willkürlich findet es etwa Yvonne Gilli (Grüne), wie sie der «NZZ» sagt. Wolle man die Eigenverantwortung stärken, müsste man sich dieselbe Frage ihrer Ansicht nach auch bei Rauchern, Übergewichtigen oder Abenteuerlustigen stellen, findet die Ärztin. Bortoluzzi hingegen erinnert daran, dass mit der Regelung jährlich 30 Millionen Franken eingespart würden.





